

Ostermarsch Landshut 2022



**Es geht ums Ganze!
Klima. Gerechtigkeit. Frieden.**

Ostermontag, 18. April 2022

**14.00 Kundgebung an der Ringelstecherwiese (Pavillon)
mit Clemens Ronnefeldt (Versöhnungsbund)**

Ostermarsch durch die Innenstadt

**Musik von
Sigi & Manolo Zerrath und Mad Guitar Maertens**

**Frieden braucht Mut,
Engagement und Solidarität.
Wir setzen Zeichen:**

Arbeitskreis solidarische Welt Landshut e.V.,
Bürgerforum gegen Atomkraftwerke,
DGB KV Landshut, DKP Kreis Niederbayern,
Die Linke Kreisverband Landshut-Kelheim,
Fridays For Future Landshut, Friedens-
initiative Landshut, GEW Kreisverband
Landshut/Westliches Niederbayern,
IG Metall Landshut, IG Metall-Jugend Landshut,
Landshut im Wandel e.V., NGG Region
Niederbayern, Pax Christi, Rocketclub Landshut,
terre des hommes, Ver.di Niederbayern,
VVN-Bund der Antifaschisten Kreisverband
Freising-Moosburg und Kreisverband Landshut



**Wir bedanken uns
bei allen Unterstützer_innen!**

Konto der Friedensinitiative:
Brigitte Rasch bei Comdirekt
IBAN DE10 2004 1111 0463 9498 00

Wir fordern:

- Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen unterzeichnen!
- Abschaffung aller Atomwaffen! Abzug statt Modernisierung der amerikanischen Atomwaffen aus Büchel! Keine neuen Atombomber für die Bundeswehr!
- Keine Akzeptanz der Atomkraft als nachhaltige Energie!
- Keine Grundgesetzänderung für Aufrüstung!
- Keine Bewaffnung von Drohnen!
- Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr!
- Keine Militarisierung der EU, keine EU-Armee!
- Stopp aller Rüstungsexporte!
- Anstelle der NATO ein kollektives Sicherheitssystem, das alle Länder einschließt und Abrüstung ermöglicht!
- Nein zu Rechtsextremismus und Nationalismus! Nein zu den menschenfeindlichen Umtrieben von AfD, NPD, PEGIDA, Identitären, "Reichsbürger:innen" und Co!
- Nein zu Rassismus, Antisemitismus und jeglicher Art von Diskriminierung!
- Die Aufnahme von Geflüchteten und einen menschenwürdigen Umgang mit ihnen!
- Wirksame Maßnahmen gegen den Klimawandel und Ausbau erneuerbarer Energien!

Frieden kommt nicht von allein – engagiert euch mit uns!

Auf unserem Ostermarsch gibt es keinen Platz für völkisch-nationalistische Ideologien, weder für Rassismus noch für Antisemitismus oder für rechtspopulistische Islam-Hetze. Wir wünschen auch keine Nationalflaggen, weil diese von vielen Teilnehmer:innen als Zeichen von Spaltung und Unterdrückung empfunden werden. Wer gegen diesen Konsens der Veranstalter:innen dennoch verstößt, wird von der Versammlung ausgeschlossen.

Frieden für die Ukraine, Europa und die Welt

- **sofortiger Waffenstillstand**
- **Rückzug der russischen Truppen und zurück an den Verhandlungstisch**
- **Erarbeitung nachhaltiger Lösungen auf Basis der Prinzipien gemeinsamer Sicherheit**

Ausführlicher Text im Flyer der Friedensinitiative nachzulesen.

Klimaschutz und Friedenssicherung gehören zusammen

Der Menschheit droht ein doppelter Selbstmord: durch die Folgen der Hochrüstung, konventionell und vor allem atomar, und durch den ungebremsten Klimawandel.

Nur ein Bruchteil der atomaren Waffenarsenale würde nach Erkenntnis der Wissenschaft ausreichen, um den Planeten unbewohnbar zu machen. Das Militär belastet bei Manövern und im Krieg die Umwelt mit Unmengen von CO² und ist einer der größten Klimakiller. Ein Eurofighter erzeugt pro Flugstunde mehr CO² als eine Bundesbürger:in im ganzen Jahr.

Militär verschmutzt und vergiftet Gewässer, Böden, Luft, beansprucht riesige Flächen und verursacht so erhebliche Langzeitschäden.

Der Klimawandel trifft, wie die Kriege, als erstes die ärmsten Teile der Weltbevölkerung. Bereits mit der Hälfte der derzeitigen weltweiten militärischen Ausgaben von 1.589 Milliarden Euro (2019) könnten die Klimakrise und die Fluchtbewegungen effektiv gestoppt werden. Die durch Abrüstung freierwerdenden Gelder müssen genutzt werden, um die drängendsten sozialen und ökologischen Probleme zu lösen.

Abrüsten

Weltweit erreichten die Militärausgaben die astronomische Summe von ca. 2.000 Mrd. Dollar im Jahr 2020. Davon entfallen allein 1.100 Mrd. Dollar auf die NATO-Staaten. Das sind 18- mal so viel wie die Ausgaben Russlands und 4- mal so viel wie die Chinas.

Die Militär- und Rüstungsausgaben Deutschlands wurden in den letzten 20 Jahren mehr als verdoppelt. Bundeskanzler Scholz kündigte in der Regierungserklärung am 27.02.2022 ein „Sondervermögen Bundeswehr“ in Höhe von einmalig 100 Milliarden Euro an. Damit aber nicht genug. Scholz will von nun an Jahr für Jahr mehr als 2% des Bruttoinlandproduktes in Rüstung investieren. Für das Jahr 2021 hätte dies bedeutet, dass sich der Militärhaushalt statt der tatsächlich eingestellten 46,9 Mrd. Euro auf mindestens 71,4 Mrd. Euro hätte belaufen müssen.

Rüstungsexporte stoppen

Die Rüstungsexporte Deutschlands liegen weltweit auf dem skandalösen fünften Rang. Diese erreichten 2021 einen neuen Rekordwert. Die ehemalige Bundesregierung hat im vergangenen Jahr Rüstungsexporte für 9,35 Milliarden Euro genehmigt. Knapp die Hälfte wurde kurz vor dem Regierungswechsel durchgewunken. Die Waffenlieferungen gehen auch in Konfliktregionen.

Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr

Die große Mehrheit der in Krisengebieten arbeitenden humanitären Organisationen lehnt Auslandseinsätze der Bundeswehr ab. Seit 1991 hat die Bundesrepublik 410.000 Soldat:innen für 21 Mrd. Euro in 52 Auslandseinsätze entsendet.

Im April 2021 waren 2.852 Bundeswehrsoldat:innen auf Mission in 12 Ländern, davon 1.035 in Afghanistan (Quelle: Bundeswehr, Stand 15.4.2021).

Das afghanische Debakel zeigt den Widersinn solcher Unternehmungen besonders deutlich.

Bilanz nach 20 Jahren Krieg in Afghanistan War der Afghanistankrieg, wie offiziell betont wird, tatsächlich eine „humanitäre Intervention“?

NEIN - Die humanitäre Lage in Afghanistan ist katastrophal.

- Die Infrastruktur ist in weiten Teilen zerstört und die Wirtschaft des Landes massiv beeinträchtigt.
- Ein Großteil der Bevölkerung ist von medizinischer Versorgung und Bildung ausgeschlossen.
- Laut dem UN-Entwicklungsprogramm könnten bereits Mitte 2022 ganze 97% der Afghan:innen unter die Armutsgrenze fallen – also fast die gesamte Bevölkerung.
- Die Landwirtschaft kann die Menschen nicht mehr ernähren.
- Im Oktober 2021 war fast die Hälfte der Bevölkerung unterernährt oder hungerte.
- Millionen Menschen flüchten vor den Folgen von Krieg, Unterdrückung durch Taliban und Klimaveränderungen. Beim Abzug der NATO-Truppen wurden viele afghanische Menschen, mit denen vorher zusammengearbeitet wurde, trotz anderer Versprechungen einfach zurückgelassen. Dabei hätten auch Menschen, die nicht mit dem Militär gearbeitet haben – Menschenrechtsaktivist:innen, Journalist:innen, ... – evakuiert werden müssen. Nun droht ihnen Folter und Tod durch die Taliban. Die EU lässt Afghanistan sehenden Auges in eine unvorstellbare Hungerkatastrophe schlittern.
- Die Verteidigung der Frauenrechte als Rechtfertigung des Krieges ist eine Irreführung. Zwar wurde Zugang zu Bildungseinrichtungen ebenso wie Berufstätigkeit für Frauen ermöglicht. Das Leben von Frauen und Mädchen war trotzdem geprägt von Zwangsheirat, islamistischer Unterdrückung (z.B. „Jungfräulichkeits“-Zwangsuntersuchungen durch die Polizei), Vergewaltigung und Mord.

Das Militär schafft kein sicheres Umfeld für zivilgesellschaftliche, humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit.

Kein einziger der Auslandseinsätze hat das erreicht, was in den Mandaten des Bundestags formuliert wurde. Sie sind ein Hohn auf die erklärten Ziele der „Konfliktbewältigung und Friedensförderung“.

Alle aktuellen Auslandseinsätze tragen zur Gewalteskalation und NICHT zum Frieden und zur Entwicklung bei.

Keine Bewaffnung der Drohnen

Kampfdrohnen treiben die Entwicklung autonomer Killersysteme weiter voran. Der Unterschied zwischen bewaffneten Drohnen und autonom agierenden Drohnen ist fließend und kann durch das Aufspielen einer neuen Software vorantreiben. Die Drohnenbewaffnung ist ein entscheidender Schritt in Richtung eines autonomen Krieges, der möglicherweise ungewollt ausgelöst wird und der letztendlich eine unkontrollierte Eskalation mit sich bringt.

Die Erfahrungen aus zwanzig Jahren Drohnenkrieg anderer Staaten haben gezeigt, dass in den betroffenen Regionen keine Fortschritte hin zu mehr Frieden gemacht werden konnten. Die Folgen für Leben und Gesundheit der Bevölkerungen dort waren immens: u.a. Tötungen von Zivilist:innen und die psychosoziale Belastung durch die ständige Bedrohung aus der Luft.

Weiteren Anlass zur Sorge gibt die Verknüpfung von bewaffneten Drohnen mit dem Aufrüstungsprojekt Future Combat Air System (FCAS, geschätzte Kosten mehrere hundert Mrd. Euro). FCAS besteht aus einem neuartigen Kampfjet, begleitenden Drohnen-schwärmen und einer Vernetzung durch die „Gefechts-Cloud“. Der Kampfjet soll Atomwaffen tragen können.

Rechtspopulismus zurückdrängen – Demokratie stärken

Rechte Ideologien fördern Feindbilder, Konfrontation und Krieg, im Inneren schüren sie Hass und Gewalt. Deren Ziel ist es, demokratische Strukturen auf perfide Weise zu zerstören. Allen voran bedient sich die AfD dieser rechten Ideologien. Sie ist eine rechtsextreme, rassistische, militaristische Partei im Bundestag, deren Sprecher:innen die Taten deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen verherrlichen. Heute fordert sie - gemeinsam mit anderen im rechten politischen Spektrum - eine Einsatzbereitschaft der Bundeswehr „mit höchster Intensität“. Im vorletzten Jahr entwickelte sich eine Bewegung von Coronaleugner:innen, die von Rechtsextremen und Verschwörungstheoretiker:innen unterwandert ist und sich auch nicht von diesen distanziert. Solidarisches Verhalten und kritisches Denken statt „Querdenken“ ist in dieser Zeit notwendig.